

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.  
Gesamt Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,  
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Orda.

Postfachkonto: Leipzig 21008.  
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 64.

Donnerstag, 17. März 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 1. — Mark ohne Postgebühren. Einzelhefte 10 Pf. — Mark. Die Nummer des Monatsheftes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für 10 Hefen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht abgenommen. Preis für die 48 am 17. März im Jahre 1921: 1.10 Mark, Ortspreis 1. — Mark; jenseitiger und tabellarischer Bezugspreis 1.20 Mark. Nachzahlung und Veranlassungsgeld 20 Pf. — Mark. Die Redaktion ist durch Briefe zu erreichen. — Im Falle besonderer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktion und Verlag: Dr. Georg Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Böhmel, Riesa; für Druckerei: Wilhelm Dietrich, Riesa.

**Hausbesitzer.** die dringende Reparaturarbeiten an ihren Grundstücken vorzunehmen. Die Bauarbeiten (Bauarbeiten, Altstraßen) melden. Orda (Elbe), am 17. März 1921.

## Anzeigen

für die abends erscheinende Ausgabe des Riesaer Tageblattes werden bis spätestens früh 1/2 9 Uhr (möglichst tags zuvor) erbeten. Geschäftsstelle des Riesaer Tageblattes, Goethestr. 59.

### Die Erklärung Briands.

In der gestrigen Kammerdebatte befragte Ministerpräsident Briand die Tribüne. Er erinnerte daran, unter welchen Bedingungen er sich nach London begeben hatte und erklärte, daß das Ziel klar vorgezeichnet war. Er habe von der Kammer ein Mandat erhalten, das ihm jedoch eine gewisse notwendige Freiheit gelassen habe. Er habe vor der Kammer erklärt, daß er in London eine Diskussion der in Paris festgestellten Höhe der Entschädigungen annehmen werde und daß er die Front der Ministerien aufrechterhalten und erweitern würde. Der Ministerpräsident brachte seine Haltung den Ministern gegenüber sowie die erzielten Ergebnisse und lobte bei dieser Gelegenheit seine Mitarbeiter, die ihm glänzend unterstützt hätten, besonders Kowchur, Doumer, Barthou, Marchall und General Weizsäcker. Er machte sodann auf die Wichtigkeit und den moralischen Eindruck der Tatsache aufmerksam, daß die neuen Beziehungen von den Ministern gemeinsam als Ergebnis der Verhandlungen angesehen werden könnten. Er erklärte, daß er nicht nur auf der Tribüne, um den Interessierten zu antworten, sondern vielmehr um denjenigen zu antworten, die sich seitens des Reiches befinden. Die Kammer brach dem Ministerpräsidenten eine für ihn wichtige Rede ab. Briand sprach dann von den neuen Beziehungen und erklärte, daß Frankreich keine Hintergedanken in den Verhandlungen verfolge. Die Verhandlungen der deutschen Ausfuhr sei von Anfang an vornehmlich geworden. Er erklärte, in welcher Weise die Funktionen der deutschen Regierung seien. Der Ministerpräsident antwortete Briand den Interessierten, besonders Kowchur, dessen Argumente er kritisierte. Obwohl die Lage ernst sei, so zu berücksichtigen, daß es trotz dem nicht pessimistisch ist. Die Kammer hörte unter lebhafter Aufmerksamkeit zu. Briand schloß dann unter welchen Bedingungen man in London mit der deutschen Delegation über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands diskutiert habe. Er sprach weiter seine Anerkennung für die Bemühungen von Georges aus, der sich die Kammer erschloß. Er kritisierte sodann die deutschen Argumente und stellte den andauernden schlechten Willen Deutschlands fest. Als er von der deutschen Annahme sprach, daß Deutschland nicht bestraft werden solle, bereite ihm die Kammer eine große Debatte. Er erklärte, die Anwesenheit der französischen Soldaten in Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf beweise, daß sich seit 1871 etwas geändert habe. Bezüglich der Ausführung der Sanktionen handele es sich um eine Maßnahme der Gerechtigkeit und nicht um eine Kriegsokkupation. Er erwiderte sodann dem Abg. Kowchur bezüglich der Reparationen in natura. Er sprach von der Entschädigung, der Auslieferung der Schuldigen und von den letzten Beschlüssen der Reparationskommission bezüglich der Zahlungen, die von Deutschland zu leisten sind. Briand betonte sodann die Notwendigkeit des eng-ländischen Zusammenarbeitens zwischen Parlament und Regierung und sprach sich für die Orientierung und den erlangten Ergebnissen. Er erklärte, daß er der Kommission alle gewünschten Auskünfte zur Verfügung stellen werde. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Sitzung wurde darauf auf 5 Minuten unterbrochen. Bei Wiederannahme der Sitzung ergriff Abg. Mantel das Wort, sodann wurde die Sitzung auf heute vertagt.

**Antrag im Unterhaus auf Befreiung von Steuern.** Nach einer Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ berichtet „Daily Mail“: Die Rationalisten haben im Unterhaus einen Antrag auf Befreiung von Steuern und auf den Abschaffung der Einkommensteuer gestellt, falls die bayerische Regierung die Aufhebung der Einkommensteuer verweigere. Bonar Law erklärte namens der Regierung, daß die bayerische Widerstand gegen die Sanktionen der Alliierten erforderlich mache, über deren Art und Weise Verhandlungen im Gange sind.

Die deutsche Regierung ist sehr feierlich Schadenerschaftlich. Nach einer Mitteilung des Außenhandelsverbandes an die Wälder besteht über die Exportsteuer und Exportabgabe vorläufig noch Unklarheit. Es dürfte jedoch schon jetzt gesagt werden, daß die deutsche Regierung für diese Abgabe voraussichtlich keine Schadenerschaftlich anerkennen dürfte. Die von englischer und französischer Seite ausgestellten Bonds dürften also weder von deutschen Behörden eingelöst, noch als Zahlung für Steuern oder dergleichen gültig erklärt werden. England glaubt nicht, daß seine Kriegsschulden bezahlt bekommt. Der Londoner Berichterstatter der „Chicago Tribune“ teilt zur Frage der alliierten Kriegsschulden die Neuheiten eines englischen Diplomaten mit, der bei allen Friedenskonferenzen seit Versailles eine führende Rolle gespielt hat. Der Diplomat sagte u. a., jeder vernünftige Mensch in England wisse, daß England nie einen Pfennig mehr von Deutschland noch von seinen alliierten Schuldner bekommen werde. Amerika halte den Schlüssel zum Weltfrieden in der Hand, und es werde nicht eher wirklichen Frieden geben, als bis Amerika eingreife.

Amerika als Schiedsrichter. „Morning Post“ meldet aus Washington, daß der Vorschlag, die Vereinigten Staaten sollten als Schiedsrichter zwischen den Alliierten und Deutschland aufzutreten, der von bedeutenden New Yorker Geschäftsleuten gemacht wurde, jetzt vom „New York Herald“ warm vertreten werde. Das Blatt schreibt: Keine der beiden Parteien kann jetzt etwas unternehmen ohne eine Unterstützung von außen. Als Vermittler würden die Vereinigten Staaten ihren Grundbesitz der Richtungsrichtung in europäische Angelegenheiten nicht

aufgeben, sondern nur das hartnäckige Programm der Wiederherstellung des Friedens um des Friedens willen durchzuführen. Während einige Senatoren dem Plane einer amerikanischen Vermittlung nicht abgeneigt seien, erkläre die Mehrzahl der Senatoren, es sei unmöglich, diesen Plan ernstlich zu erwägen zu stehen.

Die Amerikaner wollen bei der Einsetzung der Zollgrenze mitwirken. General Allen, der Kommandant der amerikanischen Truppen am Rhein, hat für die Einsetzung der Zollgrenze mitwirken erklärt. Die amerikanischen Truppen bei der beabsichtigten Einsetzung der Zollgrenze am Rhein mitwirken zu lassen.

Maßnahmen mit der deutschen Reparationskommission. „Morning Post“ berichtet, daß lange Reden von Reparationsfragen zur deutschen Reparationskommission von den Abgeordneten der Arbeiterpartei nahegelegenen Abgeordneten zu erbracht worden seien. Die „Morning Post“ weiter meldet, herrsche im Unterhause großer Zweifel, ob die Bill sehr wirksam sein werde. Dem „Daily Herald“ zufolge werde nach Ansicht der englischen Geschäftsleute der Entschädigungsplan Lord Georges zum Ruin des englischen Handels führen. Der Widerstand der Geschäftsleute gegen die Bill sei nicht die Folge der Opposition gegen die Bill, sondern die Folge der Sorge um den Handel.

Die neue Konferenz in Paris. Eine deutsche Zeitung hat das Gerücht verbreitet, daß eine neue Konferenz demnächst in Paris aufammentreten wird. Der „Zeitungsbericht“ bemerkt hierzu, er könne mitteilen, daß augenblicklich keine Rede von der Einsetzung einer neuen Konferenz ist. Es handelt sich bei der Meldung wahrscheinlich um einen Verwechslung. Die Haltung der Alliierten der deutschen Regierung bezüglich der Reparationen ist unklar. Die Alliierten sind zu dem Entschluß gekommen, daß die Reparationen zu zahlen sind, jedoch zu zahlen, falls eine neue Konferenz einberufen werden sollte, um neue deutsche Vorschläge zu prüfen, diese in Paris stattfinden würde.

### Der große Petrus.

Die sogenannte „Reparationskommission“, für die ein angenehmer deutscher Begriff nicht vorhanden ist, hat nunmehr — fast zwei Jahre nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages — der deutschen Regierung die Zusammenstellung der Kriegsschuldungsansprüche der Ententestaaten überreicht. Sie besteht sich, wie schon gestern gemeldet, auf nicht weniger als ein hundertachtzig Milliarden Goldmark, also nach festem Wert auf annähernd zweitausend Milliarden Papiermark. Um sich eine Vorstellung von dieser „Schuld“ zu machen, muß man sich vergegenwärtigen, daß unser gesamtes Nationalvermögen vor dem Kriege sich auf etwa dreihundert Milliarden Goldmark belief. Der lange Krieg mit seinen unachsenen Opfern, mit den riesigen Verlusten aus dem Lande, aus dem Frieden, der Vertrag hat uns mehr als hundert Milliarden Goldmark gekostet. Wenn wir also heute ganz Deutschland mit all seinen Wäldern und Feldern, seinen Häusern und Gärten, seinen Bergwerken und inbald allen Anlagen, seinen Eisenbahnen und Bodenschätzen seinen Entschädigungsgegenständen und Arbeitern der Entente überlassen, dann hätten wir die Entschädigungsansprüche der Entente nach nicht voll bezahlt. Wenn man sich erinnert, daß Rumänien allein nicht weniger als 11 Milliarden verlangt, etwa das Doppelte jenes ganzen Nationalvermögens, dann begreift man freilich, wie viele Abenteuerlichkeiten Summe zusammenkommen ist, die noch das Entsetzen der spätesten Geschlechter hervorgerufen wird. Wie man sich von den Dimensionen dieser ganz unfaßbaren Summe keine rechte Vorstellung macht, so weiß natürlich auch kein Mensch, wie sie bezahlt werden soll. Im Ernst reicht auch niemand daran. Man hat einfach eine Reihe von Zahlen aufgestellt und zusammengezählt, und man läßt nun Deutschland ausgerechnet 14 Tage lang, etwaige Einwendungen zu erheben. Schon diese Frist zeigt, wie lächerlich selbst den Gegnern dieses ganze Verfahren vorkommt. In Wirklichkeit will man ja nur Schuldzettel gegen Deutschland in der Hand haben, aus die man nach Bedarf und bei passender Gelegenheit zu drehen kann. Es ist ein Scherz auf die Vermutung, ein Bankrott des gesunden Menschverstandes, der in diesen Ententemethoden zum Ausdruck kommt!

Eine Note der Entschädigungskommission. Die Entschädigungskommission hat an die Reichsregierung eine Note gerichtet, in der es heißt: Der Artikel 235 des Versailler Friedensvertrages besagt, daß Deutschland vor dem 1. Mai 1921 den Gegenwert von 20 Milliarden Goldmark zu zahlen hat. Diese 20 Milliarden Goldmark sollen zur Deckung der Kosten der Besatzungsarmee, zur Ernährung Deutschlands und zur Zahlung von Rohstoffen dienen. Der verbindliche Rest wird auf das Wiedererstattungskonto gutgeschrieben. Am 20. Januar 1921 empfing die Kommission ein deutsches Memorandum, in dem die deutschen Forderungen aufgezählt wurden. Deutschland verlangt, daß der Wert auf das Wiedererstattungskonto gebucht wird. Am 26. Februar denachrichtigte die Entschädigungskommission Deutschland, daß die bis dahin vollgezogenen Forderungen und Leistungen mit 8 Milliarden Goldmark erreichten. Die Entschädigungskommission forderte von der deutschen Regierung Erklärung, wie sie die restlichen 12 Milliarden zu zahlen gedenke. Am 14. März erklärte Deutschland, es sei allen seinen Verpflichtungen nach Artikel 235 des Versailler Vertrages nachgekommen. Unter diesen Umständen teilt die Reparationskommission der deutschen Regierung folgendes mit: Die deutsche Regierung hat bis zum 1. Mai 1921

20 Milliarden Goldmark zu bezahlen. Vor dem 23. März hat sie eine Abschlagszahlung von 1 Milliarde Goldmark auf die noch zu zahlenden 12 Milliarden Goldmark zu entrichten.

(Anmerkung von W. L. B.: In den wiederholten Meldungen aus Paris, die Reparationskommission habe beschlossen, an Deutschland noch vor dem 1. Mai 1921 eine Aufforderung zur Zahlung der nach ihrer Ansicht gemäß Art. 235 des Friedensvertrages bis dahin zu zahlenden 20 Milliarden Goldmark zu richten, wird aus von sachkundiger Seite erneut bestritten, daß die beteiligten deutschen Stellen nach wie vor auf dem Standpunkte stehen, daß die bisherigen Leistungen Deutschlands den Betrag von 20 Milliarden übersteigen. Selbst wenn das nicht der Fall wäre, würde die Forderung nur die sein, daß nach § 12 Abs. 1 der Anlage 2 zu Artikel 244 des Friedensvertrages die aus diesem Grunde nicht eingelösten, unverzinsten Schadenschulden in verzinste Schadenschulden umzuwandeln wären.)

### Das englisch-russische Handelsabkommen unterzeichnet.

Neuer meldet aus London: Das englisch-russische Handelsabkommen ist unterzeichnet worden. In der Einleitung wird gesagt, daß es im Interesse sowohl Russlands wie auch Englands wünschenswert erschienen sei, normale Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern wieder aufzunehmen und daß es, solange der allgemeine Friedensfluß zwischen beiden Regierungen noch ausstehe, möglich sei, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen durch ein vorläufiges Übereinkommen zu regeln. Erwogen sei zwischen der Regierung der vereinigten Königreiche und der Regierung der russischen sozialistischen föderalen Sowjetrepublik das Abkommen abgeschlossen worden. Es ist bestimmt, daß beide Vertragsparteien sich der Propaganda gegenüber enthalten, die Blockade fallen zu lassen und den telegraphischen und Postverkehr im gleichen Umfang wie 1914 wieder aufzunehmen.

Die russische Handelsdelegation in Berlin. Nach einer Mitteilung des deutsch-russischen Vereins hat die Anwesenheit Kravins in Berlin zur Folge gehabt, daß der Vorkerber der Handelsabteilung der Sowjetdelegation in Berlin, Reich, entlassen worden ist. An seine Stelle ist Stronostawow getreten, dem erweiterte Vollmachten und eine größere Unabhängigkeit von dem Sowjetvertreter Kopp zugesprochen worden sein soll.

### Der Woywode an Talaat Pascha.

Der Woywode an Talaat Pascha ist von dem Täter nicht, wie vermutet, aus Eiferlichkeit verübt worden, sondern stellt sich als politischer Mord dar. Der Woywode, der armenische Student Teitirian, erklärte, Anhänger der Blutrede zu sein. Talaat hätte einst seine Eltern töten lassen, und aus diesem Grunde habe er ihn schon seit Jahren verfolgt, um Rache zu nehmen. Endlich habe er festgestellt, daß sich Talaat in Berlin aufhalte, und beschloßen, ihn hier zu töten.

Talaat Pascha, der in Berliner politischen Kreisen wegen seiner deutschfreundlichen Politik großes Ansehen genoss, begann seine Laufbahn als Telegrapheninspektor, und in wenigen Jahren brachte er es zum Großwesir des Jungtürkischen Reiches. Aus den Freiheitskämpfen der Türkei im Jahre 1908 waren sein Name und der Enver Paschas die populärsten. Talaat war die geistige und politische Seele des Anstandes, und nur seinem grenzenlos brutalen Vorgehen gegen die Armenier ist es zu danken, daß die Bewegung zum Ziele führte. Er tat alles, um seine Unterorganen gegen die armenische Bevölkerung aufzuheben, die dann ihrerseits wieder gegen die Armenier in einer Art und Weise vorgingen, die selbst die Gesandten der Constantinopolver Regierung in den Schwärzen stellten. In Tausenden wurden die Armenier in die Wüste getrieben und dem Hungertode preisgegeben, die Straße von Mosul nach Bagdad und viele andere Gegenden waren besät mit Armenierleichen, die ohne jeglichen Grund ihres Wohnsitzes beraubt und auf so unartbare Weise dem Hungertode preisgegeben wurden. Daraus erklärt sich der, von armenischem Standpunkte aus betrachtet, wohl berechtigte unmenliche Haß gegen Talaat Pascha, und es steht außer Zweifel, daß seine jetzige Ermordung lediglich ein aus politischen Gründen entsprungenen Mordakt ist.

### Die Moskauer Regierung dementiert.

Ein Funkbruch der Moskauer Regierung widerspricht allen ausländischen Meldungen über einen Massenaufruf in Rußland. Der Funkbruch sagt: Es würden mindestens 12 Städte genannt, wo größere Aufstände ausgebrochen sein sollten. In Wirklichkeit herrscht aber überall Ruhe.

Ein neuer Friedensvorschlag Trozki's. Wie der „Berliner Tageblatt“ aus Berlin berichtet, gemeldet wird, soll Trozki den Ausführenden in Kronstadt einen neuen Friedensvorschlag auf bedeutend günstigerer Grundlage als der früheren gemacht haben.

Präliminarfrieden zwischen Rußland und Polen. Die „Times“ melden unter dem 15. März aus Warschau: Heute wurde der Präliminarfriedensvertrag zwischen Rußland und Polen unterzeichnet. Der endgültige Vertrag wird am Freitag unterzeichnet werden.